

München, September 2011

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir haben wieder ein paar Infos für euch zusammengestellt.

1. 15. Landesjugendtag der dbbj bayern in Dachau

*Vision Bayern
Sparen ist gut - Jugend ist besser!*



(v.l.n.r. Manuel Klenner, Michael Kubiak, Jörg Kothe, Julia Tkocz, Andreas Götz, Sven Melchior)

Rund 120 Delegierte und zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Verwaltung stellten sich während des 15. Landesjugendtages der deutschen beamtenbundjugend bayern (dbbjb) in Dachau die Frage, ob ein ausgeglichener Haushalt wichtiger ist, als junge Beschäftigte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Am Vormittag des 15. September eröffnete Landesjugendleiter Jörg Kothe den 15. Landesjugendtag und begrüßte die rund 100 angereisten Delegierten. Danach bat er die Delegierten um eine Gedenkminute für den verstorbenen Schatzmeister Markus Müller.

Nach der Wahl der Versammlungsleitung übergab Jörg Kothe das Wort an Nicole Kittlaus, die den Landesjugendtag zusammen mit Christoph Meier leitete.

Nach dem von Jörg Kothe vorgetragenen Geschäftsbericht legte Schatzmeister Andreas Götz den Rechnungsbericht vor und erläuterte diesen kurz. Rechnungsprüferin Michaela Schaller bescheinigte der Landesjugendleitung eine ordnungsgemäße Buchführung und beantragte die Entlastung des Vorstands, welche einstimmig beschlossen wurde.

Zur Wahl der Landesjugendleitung wurde Jörg Kothe zur Wiederwahl als Vorsitzender vorgeschlagen und von den Delegierten fast einstimmig bestätigt. Schatzmeister Andreas Götz (LBB) sowie den Stellvertretern Julia Tkocz (BDZ), Sven Melchior (Junge Polizei) und Michael Kubiak (bfg) wurde mit ebenso beeindruckenden Ergebnissen das Vertrauen für die nächsten fünf Jahre ausgesprochen. Im letzten Wahlgang setzte sich Manuel Klenner (VBBLE) gegen Damian Antkiewicz (VBOB) durch.



Der Einladung zur öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag waren zahlreiche Vertreter aus Politik und Verwaltung gefolgt. Besondere Grußworte richtete Jörg Kothe an den Fraktionsvorsitzenden der CSU, MdL Georg Schmid, den Oberbürgermeister der Stadt Dachau, Peter Bürgel, den Vorsitzenden des Bayerischen

Beamtenbundes, Rolf Habermann, sowie an die Bundesvorsitzende der deutschen beamtenbund Jugend, Sandra Hennig.



In ihrem Grußwort hob Sandra Hennig hervor, dass das Engagement und die Mitsprache der dbbjb im politischen und gesellschaftlichen Raum seinesgleichen sucht: „Ich bin wirklich stolz, zur dbbjb zu gehören!“, war die sehr persönliche Ansprache an die Delegierten ihres Landesverbands.



Der BBB Vorsitzende Rolf Habermann ging in seinem Grußwort auf die gute Zusammenarbeit mit der Politik ein. Er hob hierbei das neue Dienstrecht besonders hervor. Der BBB als Dachverband hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass dieses am 01.01.2011 in Kraft

treten konnte. In seinem Grußwort wies er die Politik darauf hin, dass die Beamten immer noch auf eine Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich warten!

Als Interessenvertretung von 30.000 jungen Beschäftigten möchte die dbbjb auf die katastrophalen Zukunftsaussichten für den öffentlichen Dienst in Bayern aufmerksam machen. In seiner Rede forderte Landesjugendleiter Jörg Kothe von den anwesenden Vertretern aus der Politik, dass Berufsperspektiven sowohl im finanziellen als auch im nicht finanziellen



Bereich liegen müssen. So müssen die Dienstherren und Arbeitgeber im öffentlichen Dienst das berufliche Fortkommen junger Beschäftigter sicherstellen. Insbesondere sind hierfür zahlreiche Beförderungsmöglichkeiten, genügend Planstellen sowie Beurteilungen, die der Realität entsprechen und nicht nach haushaltsrechtlichen Möglichkeiten vergeben werden, erforderlich. Die Liste mit Lösungsbedarf ließe sich noch endlos weiter fortführen.

Die jungen Beschäftigten können nicht nachvollziehen, dass die gegenwärtigen Veränderungen im öffentlichen Dienst eher auf eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen hinauslaufen. Die derzeitigen Reformüberlegungen beschränken sich hauptsächlich auf das Thema wie der öffentliche Dienst noch mehr ausgebeutet werden kann. „Anscheinend soll der öffentliche Dienst kaputt gespart werden“, so Jörg Kothe. Gerade die jungen Beschäftigten haben sich von den Reformen mehr erwartet. Die politischen Verantwortlichen haben es wieder einmal vertan, den Berufsanfängern eine Perspektive für die Zukunft zu geben.



Schließlich sprach Georg Schmid als Vertreter der Staatsregierung zu den jungen Kolleginnen und Kollegen. Er wies darauf hin, dass er als Beamter, durchaus wisse, was die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten und dass dies auch von Seiten der

Staatsregierung wertgeschätzt würde. Mit einem Lob an die Regierung und die eigene Fraktion, zählte er auf, was der Staat alles Positives für die Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren getan hat.



Die anwesenden Landtagsmitglieder Bernhard Seidenath (CSU), Peter Meyer (FW), Martin Güll (SPD), Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP) wurden daher aufgefordert, endlich zu handeln und sich noch stärker für die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einzusetzen, um den Staat als Arbeitgeber im Vergleich zu Unternehmen der freien Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Podiumsdiskussion: Endlich handeln!

Im Rahmen einer von Moderator Florian Köbler (bfg-jugend) geführten Podiumsdiskussion stellten die stellv. Landesjugendleiter Andreas Götz und Michael Kubiak die derzeitige Situation der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst dar. Durch immer weitere Stelleneinsparungen sind die Grenzen der Belastbarkeit längst überschritten.



Der geplante Sparhaushalt 2011/2012, in welchem die Beamtinnen und Beamten in besonderem Maße zur Kasse gebeten werden, trägt seinen Teil zur weiter sinkenden Motivation der jungen Kolleginnen und Kollegen bei.



Wie üblich, fanden im Rahmen des Landesjugendtags auch die Bezirksjugendtage statt. Hierbei wurden nachfolgende Bezirksjugendleiter/innen gewählt:

- Oberbayern Stefanie Hofmann (bfg)
- Niederbayern Klaus Kirmaier (GdS)
- Schwaben Matthias Fährndrich (komba)
- Oberpfalz Florian Köbler (bfg)
- Mittelfranken Matthias Sand (Junge Polizei)
- Oberfranken Alexandra Burger (vbs)
- Unterfranken Mathias Foit (BDZ)



(v.l.n.r. Florian Köbler, Marion Willmerding, Stefanie Hofmann, Matthias Fährndrich, Alexandra Burger, Matthias Sand, Mathias Foit, Klaus Kirmaier)



Zum Abschluss des Tages stand ein Gala-Abend an. Bei einem Buffet der kulinarischen Extraklasse war für die Delegierten Zeit, den Tag Revue passieren zu lassen und sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer Bereich auszutauschen. Für den musikalischen Rahmen sorgte die Coverband „one11“.

Im Rahmen der Abendveranstaltung wurden die scheidenden LJJ-Mitglieder Rüdiger Kluge, Martina Sixt und Richard Besner, die sich nicht mehr zu Wahl gestellt hatten, verabschiedet.



Martina Sixt, die neun Jahre die einzige Frau in der LJJ war, durfte sich über ein Abschiedsgeschenk der ganz besonderen Art freuen. Mit einer Power Point Präsentation blickte sie mit ihren Weggefährten auf das vergangene Jahrzehnt zurück.



Nach einer rauschenden Festnacht fanden sich die Delegierten am Freitagmorgen wieder im Tagungssaal ein, um über die eingegangenen Anträge zu beraten und abzustimmen, was von der Versammlungsleitung zügig durchgeführt wurde.



Zum Abschluss bedankte sich Jörg Kothe bei den Anwesenden. Ein ganz besonderer Dank galt Stephan Kauschinger und seinem Team, die neben dem Tagungsbüro sowie einem Shuttle-Service, für alle organisatorischen Angelegenheiten vor Ort verantwortlich waren und mit ihrem Einsatz im Hintergrund für einen reibungslosen Ablauf des Landesjugendtages sorgten.



2. Verbändetagung des Bayerischen Jugendrings in Gauting



(v.l.n.r. Manuel Klenner, BJR Präsident Matthias Fack, Julia Tkocz, Jörg Kothe)

Vom 23. - 24.09.2011 fand in Gauting das Verbändetreffen des Bayerischen Jugendrings statt. Es wurden u.a. folgende Thesen behandelt: „Jugendarbeit und Facebook - Kommunikation über soziale Netzwerke“, „Stärkere Aufgabentrennung - Jugendverbände kümmern sich ums Tagesgeschäft und Jugendringe um Jugendpolitik“, „Altersgrenze in der Jugendarbeit absenken“, „Verbandübergreifende Sitzungen abschaffen“.

Inzwischen hat die rasante Entwicklung und Verbreitung sozialer Netzwerke wie „Facebook“ auch die Jugendarbeit erreicht. Die bessere Verbreitung von Informationen oder die schnellere Kommunikation, die über soziale Netzwerke möglich sind, stehen den Vorzügen eines „persönlichen Gesprächs von Angesicht zu Angesicht“ gegenüber. Somit ist beispielsweise „Facebook“ ein möglicher, aber nicht einziger Weg zur Optimierung von Jugendarbeit.

Auch die stärkere Aufgabentrennung bei den Jugendringen und Jugendverbänden wurde diskutiert. Eine gewisse Arbeitsteilung ist sinnvoll, aber den Jugendverbänden darf die politische Grundlage keines-

falls entzogen werden. Vielmehr sollen sich die Jugendringe neben den Jugendverbänden in das politische Geschehen einmischen können.

Eine strikte Arbeitsteilung in diesem Bereich wäre nicht sehr förderlich.

Von der Jugendpolitik hin zur „Jugend“ in der Jugendarbeit. Ein Absenken der Altersgrenze in der Jugendarbeit würde dem Generationenwechsel, der früher oder später bevorsteht, entgegenkommen. Eine zu „jugendliche“ Jugendarbeit wäre andererseits vielleicht nicht wirklich repräsentativ. Eine gesunde Mischung aus „Jung dynamisch“ und Erfahrung von Älteren wäre daher sinnvoll.

Zur vierten und letzten These „Abschaffung von verbandübergreifenden Sitzungen“: Die ehrenamtlichen „Jugendarbeiter“ hätten mit einer Durchsetzung dieser These mehr Zeit für ihre eigenen Aufgaben. Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied eines Verbandes ist es jedoch verpflichtend an solchen Treffen teilzunehmen, um „seine Jugendlichen“ richtig vertreten zu können. Andererseits wurde auch die Effektivität solcher Sitzungen in Frage gestellt. Wenn keine grundlegenden Ergebnisse nach solchen - oft mehrtägigen Tagungen - gefunden werden, dann ist die Notwendigkeit dieser Treffen nicht wirklich gegeben. Eine gut abgestimmte und „günstige“ Terminlegung, verbunden mit effektiver Ergebnisfindung wäre angebracht.

Der Präsident des Bayerischen Jugendrings, Matthias Fack warb bei der Verbändetagung für die neue Satzung, die beim nächsten Hauptausschuss verabschiedet werden soll. Ab den 27.09.2011 kann die Ehrenamtskarte beantragt werden. Diese löst die Juleica Karte nicht ab, sondern dient als zusätzliche Karte mit der örtliche Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ehrenamtskarte muss allerdings extra beantragt werden.

3. Kostenpauschale für Personalratsschulungen endlich erhöht!

Mit einem dem BBB am 27.09.2011 zugegangenen Schreiben teilt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen mit, dass die Pauschale, mit der sich der Dienstherr an Schulungskosten der neu gewählten Personalräte ohne Aufschlüsselung der Kosten beteiligt, **von 105,00 Euro auf 125,00 Euro angehoben wird**. Dies gilt für Schulungsmaßnahmen, die nach dem 02. Januar 2012 durchgeführt werden. Damit wurde endlich einer langjährigen Forderung des BBB nachgekommen! Entscheidend dafür, in welchem Umfang Schulungen stattfinden können, sind die Mittel, die im jeweiligen Haushalt eingestellt sind. Hier kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Engpässen.

Der BBB wird sich nun noch entschiedener dafür einsetzen, dass die im Haushalt bereitgestellten Mittel ebenfalls erhöht werden! Den angehenden Personalräten müssen die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die sie für die Erledigung ihrer Aufgaben benötigen. Zu knapp bemessene Haushaltsmittel dürfen nicht zu einer Schwächung der Personalvertretungen führen!



4. dbb bundesfrauenvertretung begrüßt die Gerichtsentscheidung zu „Vätermonaten“



Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Verfahren 1 BvL 15/11, mit dem es am 14. September 2011 die sogenannten Vätermonate beim Elterngeld für verfassungsgemäß erklärt hat, sagte Helene Wildfeuer,

Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung:

„Mit dieser Entscheidung stärkt das Bundesverfassungsgericht die partnerschaftliche Aufteilung der Erziehungsarbeit zwischen Männern und Frauen. Zwar sind es noch immer hauptsächlich die Mütter, die Erziehungsarbeit leisten, aber die Bonusmonate haben dazu geführt, dass mehr Väter sich an der Erziehung ihrer Kinder beteiligen - wir sind also auf dem richtigen Weg. Die bisher üblichen Rollenmuster werden aufgebrochen, und das ist positiv. Die aktuelle Regelung behindert Eltern nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit, sondern erlaubt im Gegenteil gerade eine hohe Flexibilität bei der Aufteilung der Erziehungszeiten - wenn sich beide Elternteile tatsächlich an der Erziehung beteiligen, was erklärtes Ziel der Regelung ist. Allein der Ausdruck ‚Vätermonate‘ zeigt, dass sich in der gesellschaftlichen Wahrnehmung erziehender Väter noch einiges hin zur Selbstverständlichkeit ändern kann und muss - aber ein Anfang ist gemacht.“

Elterngeld kann vom Tag der Geburt des Kindes bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats bezogen werden. Jedoch darf gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 des

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) die Bezugszeit für einen Elternteil grundsätzlich nicht mehr als zwölf Monate betragen, mindestens zwei Monate Elterngeld müssen vom anderen Elternteil in Anspruch genommen werden („Partner(innen)-“ oder „Vätermonate“).

5. Vorbereitung für den BJT: Bundesjugendausschuss tagte in Königswinter



Am 16. und 17. September 2011 hat in der dbb akademie im nordrhein-westfälischen Königswinter der Bundesjugendausschuss (BJA) getagt. Inhaltlicher Schwerpunkt der Beratungen war der Bundesjugendtag (BJT), der am 18. und 19. Mai 2012 stattfinden soll. Verschiedene Satzungsänderungen und Leitanträge wurden diskutiert. „Wir sind auf einem guten Weg, die Vorbereitungen machen große Fortschritte“, sagte dbbj-Chefin Sandra Hennig.

Neben der Planung des BJT erstatte die Bundesjugendleitung auch Bericht über die Finanzplanung sowie über die Aktivitäten der dbb jugend in den vergangenen Monaten. „Wir haben viel bewegt“, so Hennig. „Die Einsatzkräftebetreuung am 01. Mai in Berlin, das Austauschprogramm mit Israel, die Teilnahme am

Christopher Street Day in Köln, die Generationengespräche und die Präsenz auf verschiedenen Veranstaltungen wie dem Kinder- und Jugendhilfetag sind nur einige Beispiele für gelungene Projekte. Aber wir haben uns natürlich auch für die nächste Zeit viel vorgenommen.“

Neben den Gesprächen über zentrale Fragen der gewerkschaftspolitischen Arbeit gab es auch eine Personalentscheidung. Dirk Hirsch, stellvertretender Bundesjugendleiter der komba, wurde neu in die „Jugendpolitische Kommission“ gewählt. Die Kommission unterstützt und berät den BJA und die Bundesjugendleitung, insbesondere in der Tarifpolitik.

6. Kosten für berufliche Erstausbildung und Erststudium steuerlich absetzbar

In zwei Urteilen hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass die Kosten für eine Erstausbildung bzw. ein Erststudium unmittelbar nach Schulabschluss steuerlich als vorweg genommene Werbungskosten in voller Höhe anerkannt werden müssen (Urteile vom 28.07.2011; Az: VI R 38/10 und VI R 7/10). Dies stellt für (ehemalige) Studierende eine bedeutende Verbesserung dar, da solche Kosten bislang nur im Rahmen des Sonderausgabenabzugs - jährlich begrenzt auf 4.000 Euro - steuerlich geltend gemacht werden konnten.

Der Vorteil der Anerkennung als Werbungskosten liegt - neben der unbegrenzten Abzugsfähigkeit - darin, dass sie, soweit sie nicht mit positiven Einkünften im gleichen Kalenderjahr ausgeglichen werden können, als Verlust zum Jahresende festgestellt werden können.

Werden in anderen Kalenderjahren wieder positive Einkünfte erzielt, können die festgestellten Verluste diese Einkünfte (und dadurch auch die Steuerlast) mindern. In den entschiedenen Fällen ging es um einen angehenden Piloten und eine Medizinstudentin, die eine erstmalige Berufsausbildung bzw. nach dem Abitur ein Erststudium absolvierten und die die ihnen hierdurch entstandenen Kosten als vorweggenommene Werbungskosten geltend gemacht hatten.

Um welche Kosten geht es?

Voraussetzung ist zunächst, dass die Aufwendungen in einem hinreichend konkreten Veranlassungszusammenhang zur nachfolgenden auf die Erzielung von Einkünften gerichteten Berufstätigkeit stehen. Dieser Veranlassungszusammenhang sei regelmäßig gegeben, so der BFH im Fall der Medizinstudentin, wenn das Studium Berufswissen vermittelt und damit auf die Erzielung von Einnahmen gerichtet ist.

Insbesondere kommen danach folgende Kosten in Betracht:

- Studiengebühren
- Prüfungsgebühren
- Kurskosten
- Kosten für Fachliteratur und Arbeitsmaterialien
- Aufwendungen für Computer, Drucker etc.
- Kosten für das Binden von Abschlussarbeiten
- Aufwendungen für die Fahrten von der Wohnung zum Ausbildungsort

Was ist zu tun?

Jeder Betroffene muss unbedingt eine Steuererklärung abgeben. Das geht innerhalb gewisser Beschränkungen auch rückwirkend, wobei unter Umständen auch bereits abgegebene Steuererklärungen noch beeinflusst werden können, so-

weit die Bescheide noch offen sind. Wichtig ist, dass gegebenenfalls ein Verlustvortrag beantragt wird. Näheres ist im Einzelfall zu entscheiden. Dazu kann lediglich der Steuerberater Auskünfte erteilen.

Für Eltern hat sich nichts geändert

Oft sind es die Eltern, die das Studium oder die Ausbildung ihrer Kinder finanzieren. Für sie ändert sich aber durch die Rechtsprechung nichts. Ihre Aufwendungen sind mit dem Kindergeld und den Freibeträgen für Kinder abgegolten.

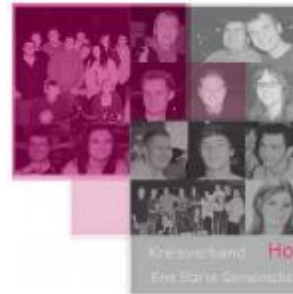
Urteile könnten noch ausgehebelt werden

Offen ist derzeit noch, ob und wie seitens des Bundesfinanzministeriums auf die Urteile reagiert wird. Denkbar wäre ein Nichtanwendungserlass bzw. eine gesetzliche Einschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit dieser Kosten. Letzteres wurde von Bundesfinanzminister Schäuble bereits ausdrücklich angekündigt. Damit könnten die Urteile ausgehebelt werden.

DStG: Urteile nicht umsetzbar

Die zuständige Mitgliedsgewerkschaft des dbb, die Deutsche Steuergewerkschaft (DStG) kritisiert ebenfalls, dass die Vorgaben des Bundesfinanzhofs in den Finanzämtern kaum umsetzbar seien. Es sei zum einen unklar, welche Kosten überhaupt in Ansatz gebracht werden könnten und wie diese nachzuweisen seien. Zudem sei es für das Finanzamt nahezu unmöglich zu prüfen, ob vom Studenten Kosten selbst bezahlt worden seien und ob die Ausgaben auf einen konkreten künftigen Beruf hin getätigt worden seien. Der vom Bundesfinanzhof verlangte „hinreichend konkrete Veranlassungszusammenhang“ löse eine Welle der Bürokratie und der Rechtsstreite aus.

7. Komba-Jugendgruppe Hof begrüßt neue Auszubildende



Eine starke Gemeinschaft - das ist die Jugendgruppe Hof der Komba Gewerkschaft. Dieses soll natürlich auch den neuen Auszubildenden der

Stadt Hof, des Landratsamtes Hof und auch den Landkreismunicipalitäten in Hof näher gebracht werden. Deshalb stellt sich dort die Jugendleitung, vertreten durch Markus Haase, jedes Jahr aufs Neue vor, um den jungen Anwärtern und Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst die Aufgaben und Vorteile der KOMBA-Gewerkschaft zu erklären.

Nachdem sich der Jugendleiter zusammen mit dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Hof am Freitag den 02. September den Auszubildenden der Stadt Hof vorgestellt hatte, wurden sie zu einem Begrüßungssessen in die Weinkiste in Hof eingeladen. Bei dieser Veranstaltung wurde den jungen Kollegen und Kolleginnen die Möglichkeit eröffnet, sich näher kennen zu lernen, Fragen zur Arbeit bei der Stadt Hof zu stellen und natürlich - falls vorhanden - Fragen zur Gewerkschaftsarbeit beantwortet zu bekommen. Die Begrüßungsveranstaltung wurde in diesem Jahr in der dritte Auflage durchgeführt und wird auch gerne von den neuen Kolleginnen und Kollegen angenommen.

Da die Ausbildungszahl im Landratsamt und bei den Gemeinden in diesem Jahr nicht so hoch ist, wurden die Auszubildenden zu einer separaten Veranstaltung der KOMBA-Gewerkschaft eingeladen.

8. Termine

◆ **Mittwoch, 23.11.2011 bis Freitag, 25.11.2011**

Grundschulung Teil 1 für Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Schloss Spindlhof in 93128 Regensburg



VERANTWORTLICH
 Jörg Kothe, Vorsitzender der
 deutschen beamtenbund jugend bayern

HERAUSGEBER
 deutsche beamtenbund jugend bayern
 Dachauer Str. 4/V
 80335 München

☎ 089/54 50 23 30
 Fax 089/55 70 20
 E-Mail dbbj.bayern@t-online.de
 Internet www.dbbjb.de

